Ergebnisse der Plenartagung des ZK April 2016

Die Ermächtigungsregierung und ihre jüngsten Willkür-Entscheidungen oder Wie im Notstand der Republik die Republik abhanden kommt

Jede Handlung dieser Ermächtigungsregierung, seit sie zusammengeschoben wurde im Herbst 2013, atmet die eine unbestreitbare und jeden Tag schärfer zutage tretende Tatsache: daß die Unterdrücker schwach sind. Daß ihre Herrschaft mehr und mehr nur noch auf zwei Säulen ruht: der offenen Gewalt und der Ruhe der Arbeiterklasse. "Mögen sie uns hassen, wenn sie uns nur fürchten" – dieses letzte Wort noch einer jeden untergehenden Ausbeuterklasse wird zum Credo einer Klasse, die in ihrer eigenen Revolution nicht nur dem Anspruch nach als Vertreterin des ganzen Volkes aufgetreten war.

Sie müssen wahrlich fürchterlich fürchten! Und sie haben allen Grund dazu.

Das neue Weißbuch der Bundeswehr

Was neu sein wird an diesem neuen Weißbuch, deutet sich erst an. Noch ist nichts veröffentlicht. Was wir jetzt schon wissen ist, daß es bestätigen wird, was wir eingangs gesagt haben.

Das Weißbuch soll die Willkür und Verfassungswidrigkeit festschreiben. Nämlich den Einsatz der Bundeswehr im Inneren für den Fall, daß die eine Säule der Macht, die Geduld und Ruhe der Arbeiterklasse, zusammenbricht. Daß jetzt schon vorbereitet wird, was im Weißbuch erst noch stehen wird, wissen und sehen wir: etwa im Sanitätsdienst, der bereits jetzt für die "Blutspur" (Süddeutsche Zeitung) der Armee im Inneren vorbereitet wird durch neue Sanitätswagen und schnell transportable Sanitätscontainer der Bundeswehr für den Einsatz gegen das eigene Volk. Natürlich wird darin nicht das niedergeschossene Volk, der niedergestreckte Arbeiter behandelt, sondern die verletzten Offiziere und Soldaten, was beweist: Sie rechnen mit der Bewaffnung der Arbeiter.

Das Weißbuch soll nach allem, was wir wissen, die Rolle des seit einiger Zeit existierenden Bundes-Sicherheitsrats, also einer durch nichts und niemanden legitimierten Schattenregierung des Notstands der Republik stärken. Er soll neue Zusatzgremien erhalten, die wir uns in der publizierten Fassung des Weißbuchs genau anschauen müssen. Wir gehen davon aus, daß es um eine weitere Zentralisierung innerhalb der Zentralisierung des Gewaltenapparats geht: um eine noch engere Verzahnung von Gewaltenapparat und Wirtschaft. Und damit darum, aus den Kämpfen der ersten Jahre der Hitlerdiktatur Lehren zu ziehen, um sie bereits jetzt zu vermeiden. Kämpfen, die zwischen Militär und

Monopolbourgeoisie ausgefochten wurden etwa um die Frage: Militärdiktatur oder die faschistische Bewegung an der Macht?

Und schließlich soll das Weißbuch eine weitere der letzten Säulen der Ordnung nach dem letzten großen deutschen Krieg stürzen. Der Einsatz der Bundeswehr in aller Welt soll nun auch hochoffiziell nicht mehr an Kriegshandlungen in festen Bündnissen wie der NATO oder auch der UNO gebunden, sondern in wechselnden Bündnissen vonstatten gehen. Dies also allen jenen Friedensfreunden ins Notizbuch, die meinen, mit wütender Gegnerschaft zur NATO ihrer Pflicht zum Kampf gegen den Krieg Genüge getan zu haben: Es ist der deutsche Imperialismus selbst, der z.B. diese zeitweilige imperialistische Allianz sprengt, die ja – nach ihrem ersten Generalsekretär Lord Ismay - ins Leben gerufen worden war, um "die Amerikaner drin, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten". Ein weiterer deutscher Nagel am Sarg der Nachkriegsordnung – auch das wird das neue Weißbuch sein.

Neu ist auch, daß das Weißbuch 2016 jahrelang vorbereitet wurde nicht nur vom Kriegsministerium, sondern mit den Verbänden der Bourgeoisie. So schreibt der BDI-Vorsitzende Grillo über eine Sitzung in ihrem "Haus der Wirtschaft" in Berlin, in die ranghohe Militärs gestiefelt waren und die Monopole die Festlegung zu erobernder Gebiete kommender deutscher Krieg für sich beanspruchen: "Wir müssen uns vor einem Ernstfall darüber klar werden, in welchen Regionen wir ein Interesse an Stabilität und Sicherheit haben, damit wir auf Bedrohungen unserer politischen und ökonomischen Interessen angemessen reagieren können".

Auch der DGB, alle Parlamentsparteien und viele Verbände waren eingebunden und so an den deutschen Krieg gebunden worden.

Bundesweite Rassismus-Gesetze

Es geschieht, was die Kommunisten sofort gesehen haben: Die CSU, rechts von der es bekanntlich keine demokratisch legitimierte Partei geben darf (Franz Josef Strauß), die CSU als die bessere AfD treibt den Rest der Ermächtigungsregierung zu Paaren. Warum wird das neue bayerische "Integrationsgesetz" gerade zurückgestellt? Weil es gar nicht um Bayern geht. Der Entwurf des bayerischen Integrationsgesetzes beinhaltet Elemente, die nur auf Bundesebene geregelt werden können. Es geht um die ganze Republik, und deren Innenminister hat bereits angekündigt, dieses Rassismus- und Ermächtigungsgesetz zum bundesweiten zu machen.¹ Bzw. Bundesrecht in Länderrecht zu überführen als weiterer Schritt der Unordnung, die nach der faschistischen Ordnung verlangt. Nicht anders wie in der deutschen Geschichte wohlbekannt.

Es soll ein Gesetz des "deutschen Blutes" werden. Da nun das deutsche Blut zum einen schwer nachweisbar, zum anderen geschichtlich hinlänglich diskreditiert ist, muß dafür die Kultur herhalten. Was immer auch "Kultur" sein mag, bis hierhin war sie in diesem Staat kein

¹ Einen Vorgeschmack auf kommende Willkür und Ermächtigung geben schon einmal die juristischen Ergebnisse der Kölner Silvesternacht. Nach dieser "Nacht des Grauens" (Kölner Expreß) und der "größten Massenvergewaltigung seit 1945" (Frauke Petry, AfD) wurden bisher ganze zwei Gerichtsverfahren abgeschlossen. Beide wegen Diebstahls. Einmal ging es um den Diebstahl eines Handys. Der Dieb entschuldigte sich im Gerichtssaal, die Bestohlene nahm die Entschuldigung ebenfalls im Gerichtssaal an. Tut nichts – der Jude wird verbrannt. Urteil: Ein Jahr Freiheitsentzug auf Bewährung. Wohl in Vorfreude darauf, daß in Zukunft schon bei Bewährungsstrafe die sofortige Abschiebung vollzogen werden wird. Der zweite Fall: Diebstahl einer Geldbörse. Diesmal ließ der Richter gleich gar nichts mehr anbrennen: ein Jahr ohne Bewährung. Als VW-Chef bekommt man für die Organisierung der Massenvergiftung Hunderttausender 10 Millionen Bonus. Sozialneid? Nein, nur die Konstatierung von Klassenjustiz, die nicht nur die Flüchtigen, sondern alle angeht.

Gegenstand von Gesetzen. Es gibt den Artikel 5 im Grundgesetz – und basta. Jetzt zieht Kultur als "Leitkultur" ins Regelwerk der Willkür ein, die "Freiheit der Kunst" ebenso erschlagend wie die anderen Kulturen der Völker der Welt. Eine Kultur deutschen Bluts und Geblüts eben. Aber die Nationalitätenpolitik der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit ihrem Aufblühen der kulturellen und künstlerischen Schätze auch der nationalen Minderheiten und der nichtrussischen Völker – das war die blanke stalinistische Willkür, nicht wahr?!

Es soll ein Gesetz der Ghettoisierung werden. Was "nur" für die Asylsuchenden gelten soll, galt schließlich schon einmal auch "nur" für Juden: Die Aufhebung der freien Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes. Bis schließlich deutlich wurde, daß ein Volk, das solches zuließ, sich selbst in ein noch viel schlimmeres Zuchthaus gesperrt hatte.

Es soll ein Gesetze der Verelendung der Arbeiterklasse werden. Kein Gesetz kann die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Ausbeuterordnung aufheben. Was aber bedeutet es in diesen Gesetzmäßigkeiten, wenn ein Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung gezwungen wird, für einen Euro in der Stunde zu schanzen – bei Strafe des Verlusts einer jeden Hoffnung auf Asyl? Es bedeutet die Vernichtung der Bezahlung der Arbeitskraft auch nur in der Nähe ihres Werts – für die gesamte arbeitende Klasse. Dafür sorgt die Konkurrenz der Arbeiter unter sich, die letztlich die Bedingung für die Existenz des Kapitals ist.²

Der Asylberechtigte muß 1-Euro-Jobs und Leiharbeit annehmen, sonst wird er abgeschoben in den sicheren Tod. Bislang war die Leiharbeit hier Zwangsarbeit aufgrund des ökonomischen Zwangs für die Arbeiter, Leiharbeiter zu werden oder zu verhungern. Die Leiharbeit gegen die Asylberechtigten ist mehr als nur ökonomischer Zwang, es ist jetzt der politische Zwang. Und der Arbeiterklasse hier müssen wir klar machen: Wenn heute der Asylberechtigte unter dem Diktat und der Willkür des politischen Zwangs die Leiharbeit verrichten muß, so wird morgen der Rest der Arbeiterklasse unter den selben politischen Arbeitszwang vom deutschen Staat gepreßt – außer, die Arbeiter kämpfen gegen die Zwangsarbeit von Flüchtlingen und gegen die Leiharbeit insgesamt.

Schließlich galt das Schuften für einen Teller dünne Kohlsuppe pro Tag schon einmal "nur" für die Zwangsarbeiter und die "Fremdvölkischen im Osten". Bis die Arbeiter in Deutschland feststellen mußten, daß sie, dies duldend, selbst dabei landeten, bis zur völligen Erschöpfung und bis zum Ruin der Arbeitskraft nur noch für Tod und Vernichtung zu produzieren. Und heute werden die Internierungslager für diejenigen, die in dieses Land fliehen, zu einem Reservoir gemacht von Zwangsarbeit und von "Arbeit macht frei".

Die Rente ist sicher – nach dem Tod

Weil die Arbeiterkassen nicht in Arbeiterhand sind, steckt, wer sein Leben lang unter dem Diktat der Kapitalisten geschuftet hat oder ohne ihr Diktat erwerbslos war zwischen Pest und Cholera. Verhungern bei weit unter dem halben Lohn liegenden Rentensätzen bei gleichzeitigem Ansteigen des vorenthaltenen Lohnanteils – oder Auszahlung der Rente am Sankt-Nimmerleins-Tag. Die Antwort des Staats der Unterdrücker ist: sowohl Pest als auch Cholera. Senkung der Rente auf 43% des Lohns plus Anhebung des Rentenalters auf 70 Jahre. Also auf ein Alter, in dem der Durchschnittsarbeiter schon 2-3 Jahre tot ist.

Arbeiterkassen in Arbeiterhand – das wird eine der wichtigsten und sofort umzusetzenden Maßnahmen einer Einheits- oder Volksfrontregierung sein.

² "Die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich." (Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, München 2004, S. 51)

Der Billionen-Diebstahl der Reichen und die Zersetzung des kapitalistischen Staates

Eine Gestalt der Geschichte ist alt geworden und muß von der Bühne abtreten. Wir meinen hier nicht nur die Kapitalistenklasse. Wir meinen vor allem: die Ausbeutung.

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen hat der Menschheit durchaus einen Gefallen getan: Sie hat sie aus der Urgesellschaft über Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus und Kapitalismus bis an den Punkt emporgearbeitet, an dem die Ausbeutung selbst beseitigt und die Welt nach einem Plan von den unmittelbaren Produzenten selbst betrieben werden kann. An dem die Ausbeutung aber auch beseitigt werden *muß*, soll die Menschheit nicht noch ein paar Jahrhunderte Siechtum, Krieg und Elend erleiden. Jeder Aufruhr, jede Revolte, jeder Massenstreik der Welt von heute zeigt, "daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen." (Karl Marx an Arnold Ruge)

Jede Erscheinung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, jede Erscheinung der nicht enden wollenden Weltwirtschaftskrise lehrt uns das. Jedes Heft der Reihe "Weltwirtschaftskrise – Der Imperialismus am Vorabend der proletarischen Revolution" häuft Beleg auf Beleg.

Die sogenannten "Panama-Papers" gehören dazu. Uns Kommunisten bewegt dabei nicht die Aufregung darüber, daß die Monopolbourgeoisie keine Steuern zahlt. Das tut sie nie. Die Arbeiterklasse auf der anderen Seite bekommt die Steuern einfach abgezogen. Und so sind so hehre Fragen wie "Steuerehrlichkeit", "Steuergerechtigkeit" ebenso wenig wie die "staatsbürgerliche Verantwortung" etwas, was die beiden Hauptklassen groß interessiert. Es ist dies die klassische Spielwiese des Kleinbürgers, der Steuern zahlen muß, aber ohne Betrug am Finanzamt kaum mehr überleben kann.

Bedeutsam an der Angelegenheit ist die Zersetzung des Nationalstaats, die darin zum Ausdruck kommt und sich zeigt.

Es zeigt sich auch hier, was wir bereits in der TTIP-Broschüre "Freihandelsabkommen oder: Wie werden Kriege gemacht" erklärt haben. Der Kapitalismus hat an einen solchen Grad der möglichen Vergesellschaftung herangeführt, wird betrieben und bestimmt von einer solch verschwindenden Minderheit von Finanz- und Monopolkapitalisten, daß diese beginnen, den Nationalstaat nicht nur ökonomisch zu sprengen (das tun sie, seit der Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium getreten ist), sondern ihn auch *politisch* zu sprengen. Mit ihren "Freihandelsabkommen" inklusive deren Schiedsgerichten und sonstigen Körperschaften ebenso wie mit ihren "Offshore-Zentren" und "Steueroasen" schaffen sie sich eine "Parallelwelt", die sich dem Zugriff ihres eigenen ideellen Gesamtkapitalisten entzieht. Und diesen auch nicht mehr braucht.³

Auch dies ist beileibe kein Zeichen von Stärke. Es ist ein Zeichen von Schwäche und Fäulnis. Wo aus Geld mehr Geld wird immer weniger durch Erzeugung von Neuwert in der industriellen Produktion und immer mehr durch Betrug, Täuschung, Raub, Ausplünderung,

³ Daß diese "Parallelwelten" teilweise im Inneren der kapitalistischen Staaten selbst liegen, ändert daran gar nichts. Gegen Delaware in den USA oder die Londoner City mit ihrer Sondergesetzgebung sind die Schieber auf den Bahamas Stümper und Waisenknaben. (Delaware hat 936.000 Einwohner, aber über eine Million dort registrierter Firmensitze. Das liegt an der – gelinde gesagt – ausgesprochen kreativen Steuergesetzgebung dieses US-amerikanischen Bundestaates außerhalb der US-Gesetzgebung.)

Spekulation, wo der vorhandene Reichtum immer weniger zur Quelle neuen Reichtums und immer mehr zum "Steinbruch" wird, den man ausplündert, aber nicht für die Gesellschaft nutzt – da verliert der bürgerliche Nationalstaat eine seiner wesentlichen Funktionen als ideeller Gesamtkapitalist. Nämlich die Regelung und Sicherung der Bedingungen der Produktion und der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums auf Rechnung und im Auftrag der Ausbeuterklassen auf nationaler Ebene. Und auf internationaler Ebene: Der Einsatz für die besten Verwertungsbedingungen des nationalstaatlich organisierten produktiven wie Leihkapitals auf einem möglichst großen Teil der Welt.

Was am Ende der kapitalistischen Ausbeutung daraus wird ist: Im Inneren die Reduktion des Staats auf den Gewaltenapparat zur Niederhaltung der Ausgebeuteten und Beraubten und im Auswärtigen die Organisierung des Raubs von weiteren Steinbrüchen und Plünderungsmöglichkeiten im Krieg. Also die Beraubung der anderen Räuber.

Welch großer Dialektiker die Geschichte doch ist! Es ist gar nicht so, daß die marodierende Bourgeoisie der ehemals sozialistischen Länder danach strebt, wie die ausbeutende Bourgeoisie der gestandenen imperialistischen Länder zu werden, und es nur nicht schafft. Umgekehrt: Die letztere wird der ersteren zwangsläufig immer ähnlicher. In der raubenden, plündernden, schmarotzenden neuen Bourgeoisie der ehemals sozialistischen Länder, die nichts mehr produziert und nur verramscht, was sie dem Volk entrissen hat, zeigen sich alle Schönheiten einer zugrunde gehenden Ausbeuterklasse. Einer Klasse, die einst angetreten war, mit den allermodernsten Mitteln der ganzen Menschheit das *Mehr*produkt abzutrotzen. Und im Unterdrückerstaat nach dem Modell des Putinschen Bonapartismus kommt zum Vorschein: das verzerrte Generalmodell des kapitalistischen Staats am Ende des Kapitalismus. Das letzte Wort: die offen faschistische Diktatur.